

**Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Stadtvertretung**

25.06.2026

Niederschrift

über die 13. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 18.06.2026

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Sitzungssaal, Marktplatz 1

Beginn: 15:00 Uhr Ende: 19:01 Uhr

Unterbrechung: 17:05 Uhr bis 17:15 Uhr

Anwesend:

stellv. Vorsitzender

Ratsherr Jens Kreutzer BSW/BfN

Gremiumsmitglied

Ratsherr Jörg Albrecht SPD/Grüne

Ratsfrau Mandy Arndt AfD

Ratsfrau Dr. Sabine Balschat BSW/BfN

Ratsherr Jörg Borchert CDUplus

Ratsherr Björn Bromberger CDUplus

Ratsherr Steffen Bülow CDUplus

Ratsherr Nicola D'Aniello BSW/BfN

Ratsherr Peter Fink AfD

Ratsfrau Vanessa Freund SPD/Grüne

Ratsherr Steven Giermann CDUplus

Ratsherr Tim Großmüller fraktionslos

Ratsherr Harry Hahne BSW/BfN

Ratsherr Holger Hanson Projekt NB

Ratsherr Olaf Jammrath BSW/BfN

Ratsherr Dr. Rainer Kirchhefer SPD/Grüne

Ratsherr Jörg Kracht AfD

Ratsfrau Anett Kreutzer BSW/BfN

Ratsherr Dr. Roman Kubetschek Projekt NB

Ratsherr Jan Kuhnert BSW/BfN

Ratsherr Dennis Langer Projekt NB

Ratsherr Holger Mieth SPD/Grüne

Ratsfrau Caterina Muth fraktionslos

Ratsfrau Gritta Neumann CDUplus

Ratsherr Maik Ohlenforst AfD

Ratsfrau Ina Paulitschke SPD/Grüne

Ratsherr Kay Reinders CDUplus

Ratsherr Olaf Schanz AfD

Ratsherr Robert Schnell AfD

Ratsfrau Yvette Schöler CDUplus

Ratsherr Heiko Schröder	CDUplus
Ratsherr Thomas Schröder	BSW/BfN
Ratsherr Hans-Jürgen Schwanke	BSW/BfN
Ratsherr Michael Stieber	SPD/Grüne
Ratsfrau Sigrid Strelow	AfD
Ratsherr Raphael Wittek	CDUplus

Abwesend

Ratsfrau Sybille Weber	AfD
Ratsherr Roland Fanselow	AfD
Ratsherr Thomas Gesswein	CDUplus
Ratsherr Prof. Dr. Roman F. Oppermann	SPD/Grüne
Ratsherr Toni Jaschinski	fraktionslos
Ratsherr Bernd Herrmann	Projekt NB

Verwaltung

Herr Klose	Oberbürgermeister
Herr Modemann	Beigeordneter und 1. Stellvertreter des OB
Frau Piotrowski	2. Stellvertreterin des OB
Frau Rathsack	ABLin Recht und Vergaben
Herr Schwabe	Leiter EBIM
Herr Bachmann	Beauftragter Beteiligungsmanagement
Frau Zabel	Beteiligungsmanagement
Herr Renner	Leiter Stadtplanung, Wirtschaft u. Bauordnung
Herr Grömke	Referent OB/Leiter PMÖ
Frau Brecht	ABLin Stadtplanung
Frau Krieglner	ABLin Wirtschaft, Stadtentwicklung u. Wohnen
Herr Maßmann	amt. Leiter Schule, Kultur u. Sport
Frau Kunze	ABLin Ordnung, Verkehr u. Gewerbe
Frau Kutzik	Leiterin Rechnungsprüfungsamt
Herr Behm	ABL Brandschutz u. Rettungsdienst
Herr Ramp	ABL Schule, Sport, Generationen
Frau Seugling	Strategische Kommunikation & Marketing
Frau Kapler	Leiterin Büro der Stadtvertretung
Frau Batke	Behindertenbeauftragte
Herr Dr. Wolff	Klimaschutzmanager
Herr Hiller	Referendar Recht u. Vergaben
Frau Scharnweber	Referendarin Recht u. Vergaben
Frau Hänsch	Büro der Stadtvertretung
Frau Akman	Büro der Stadtvertretung
Frau Witt	Büro der Stadtvertretung

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Ratsherr **Kreutzer** eröffnet die 13. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung, den Oberbürgermeister sowie die anwesenden Gäste.

Er informiert über Anträge zu Bild und Tonaufnahmen des Nordkurier, des NDR sowie des Regionalfernsehsenders neueins und lässt darüber abstimmen. Da kein Mitglied der Stadtvertretung widerspricht, können die Bild und Tonaufnahmen erfolgen.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Frau **Krüger**

- spricht an, dass am ehemaligen Wohnkomplex Ecke Warliner Straße/Sponholzer Straße eine große Mülldeponie entstanden ist, die ständig wächst.
- lobt den neuen Spielplatz, der am Stargarder Tor entstanden ist. Sie kritisiert aber, dass es dort keine öffentliche Toilette gibt.

Oberbürgermeister **Klose** bedankt sich für den Hinweis und sagt eine interne Prüfung der Eigentumsverhältnisse des Wohnkomplexes Ecke Warliner Straße/Sponholzer Straße zu. Hinsichtlich der fehlenden Toiletten am Spielplatz führt er aus, dass gerade im Bereich der Innenstadt durchaus Alternativlösungen angeboten werden. So können, wohlwissend, dass es ein bisschen vom Spielplatz entfernt ist, z.B. die Toiletten der Regionalbibliothek oder der Kunstsammlung genutzt werden.

Herr **Dr. Wieland** bezieht sich auf die Berichterstattung im Nordkurier und möchte wissen, wofür und in welcher Höhe die Stadt Neubrandenburg Mittel aus dem Sondervermögen beantragt und abgerufen hat und, ob weitere Anträge beabsichtigt sind.

Oberbürgermeister **Klose** bedankt sich für das Interesse und führt dazu aus, dass der Bescheid vom Landkreis, welche Mittel die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg erhält erst vor kurzer Zeit erfolgte. Mit der Stadtvertretung sei vereinbart, dass ein Vorschlag für den Gremienlauf erarbeitet wird, um gemeinsam zu beraten. Derzeit sei die Verwaltung dabei, eine Vorschlagsliste zu erarbeiten. Wenn die Beratungen mit den Ratsfrauen und Ratsherren abgeschlossen sind, werde die Öffentlichkeit informiert, wofür die Mittel ausgegeben werden.

Frau **Canbulat** betreibt gemeinsam mit ihrem Mann das italienische Restaurant „Ciao Bella“ im Marktplatzcenter. Gestern gab es in ihrem Restaurant eine Kontrolle des Zolls der Kommission Schwarzarbeit. Begleitet wurde die Kontrolle von vier Mitarbeitenden des Ordnungsamtes. Diese waren nicht bereit, sich auszuweisen und sind in absolut unangemessenem Ton aufgetreten. Solches Vorgehen ist sie aus ihrer langjährigen Arbeit in Berlin nicht gewohnt und es sei auch geschäftsschädigend. Darum fordert Frau **Canbulat** die Benennung der Namen der Mitarbeitenden und der Dienststelle, der sie angehören. Sie erwartet von jedem einzelnen eine schriftliche Entschuldigung.

Weiterhin kritisiert sie das generelle Vorgehen von Ämtern und bringt Beispiele im Umgang mit dem Sozialamt und der Ausländerbehörde.

Oberbürgermeister **Klose** geht auf die geschilderte Erfahrung während der Zollkontrolle ein und bittet darum, dass der Verwaltung die Möglichkeit eingeräumt wird, den Vorfall intern zu prüfen und auszuwerten.

Bezüglich der geschilderten Vorfälle im Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialamtes und der Ausländerbehörde verweist er auf die Zuständigkeit des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte und bittet Frau **Canbulat**, ihr Anliegen nochmal dorthin zu spiegeln. Zusätzlich bietet er aber an, beim regelmäßigen Austausch mit dem Landkreis das Thema anzusprechen.

Ratsherr **Bromberger** ergänzt, dass am Montag der nächsten Woche Kreistagssitzung ist. Er lädt Frau Canbulat ein, ihr Anliegen dort vorzutragen.

Herr **Feuker** stellt umfassende Fragen zu folgenden Themenkomplexen:

1. Friedensfahne und Friedensschilder - Sachstand und Zusatzanmerkungen
2. Bevölkerungsschutz und vorhandene Schutzräume in Neubrandenburg
3. Pflege und Entwicklung internationaler Städtepartnerschaften der Stadt Neubrandenburg
4. Datenweitergabe, Friedenspolitik und Außendarstellung der Stadt Neubrandenburg
5. Fluglärm und Gesundheitsschutz
6. Mögliche Einrichtung eines zeitweiligen kommunalen Ausschusses zur Aufarbeitung der kommunalen Corona-Maßnahmen gemäß Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern

Er bittet um Behandlung im Rahmen der kommunalen Gremienarbeit.

Ratsherr **Hanson** stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und bittet angesichts der Tatsache, dass der letzte Redebeitrag 12 Minuten gedauert hat, um Festlegung der Begrenzung der Redezeit.

Ratsherr **Kreutzer** sagt eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

TOP 3 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Ratsherr **Kreutzer** stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest (Postausgang 09.06.2026). Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt; es sind 34 von 43 Mitgliedern anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 4 Beschluss über die Niederschrift der 12. Sitzung der Stadtvertretung am 23.04.2026

Die Niederschrift wird mehrheitlich bestätigt.

TOP 5 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt Vorlage: INF/VIII/0110

Oberbürgermeister **Klose** informiert:

- dass am Montag, 22.06.2026 auf Initiative des Deutschen Städtetages ein Aktionstag zum Thema kommunale Finanzen stattfindet. Dabei soll auf die schwierige Situation bei den Kommunalfinanzen hingewiesen werden. In Abstimmung mit den anderen großen Städten des Landes M-V und dem Landkreis wird die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg an der Aktion teilnehmen. Anspruch soll dabei sein, nicht Probleme zu beklagen, sondern Lösungen zu finden. Die Kommunen wollen auf die Wichtigkeit einer verlässlichen Finanzausstattung aufmerksam machen, indem aufgezeigt wird, dass sie sich als Möglichmacher und Zukunftsgestalter verstehen und was mit Geld vor Ort alles finanziert wird. Die Mitglieder der Stadtvertretung sind herzlich eingeladen, diese Botschaft weiterzutragen und zu unterstützen.
- dass sich die Ausrichtung und optische Gestaltung des Berichtes des Oberbürgermeisters ab der nächsten Sitzung der Stadtvertretung verändern wird. Dieser soll künftig über wesentliche Entwicklungen, Herausforderungen, Chancen und Risiken der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg Auskunft geben und damit ein gleichermaßen für die Stadtvertretung und -verwaltung nutzbares Instrument zur strategischen Steuerung werden. Die Schwerpunkte Strategieentwicklung, Finanz- und Verwaltungssteuerung, Investition und Infrastruktur sowie stadtgesellschaftsrelevante Themen werden daher einen umfassenden Raum einnehmen.

Auf Nachfrage von Ratsherrn **Dr. Kubetschek** zu Ergebnissen zum „Überleitungsvertrag öffentlicher Personennahverkehr mit der MVVG“ (Beschluss der Stadtvertretung aus 2024)

informiert Oberbürgermeister **Klose**, dass die Arbeitsgruppen wie vereinbart tagen, es aber seit der letzten Information keinen neuen Sachstand gebe. Sobald dieser vorliegt, würden die Ausschüsse und die Stadtvertretung informiert.
Hinsichtlich einer weiteren Nachfrage von Ratsherrn **Dr. Kubetschek** bezüglich des Daten-Vorfalles bei der NEUWOGES, verweist der Oberbürgermeister auf die Gesellschaft als Ansprechpartnerin.

TOP 6 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Ratsherr **Schnell** bezieht sich auf die Berichterstattung bzw. einen Leserbrief im Nordkurier und stellt folgende Fragen:

- Wird angesichts der Gewaltvorfälle in der Oststadt das Ordnungs- und Sicherheitskonzept der Stadt angepasst?
- Wie ist der aktuelle Stand der Vermarktung von Gewerbeflächen in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg?

Oberbürgermeister **Klose** sagt eine schriftliche Antwort zu.
Die Anfrage erhält die Nummer **ANF/VIII/0138**.

Oberbürgermeister **Klose** informiert zur Vergabe eines Investitionskredites. Im Rahmen gültiger Kreditgenehmigungen 2024 der Rechtsaufsichtsbehörde für den Kernhaushalt sei für geplante Investitionen ein Finanzierungsbedarf in Höhe von 12.391.000 Euro ermittelt und zur Finanzierung ausgeschrieben worden.

Folgende Kreditinstitute wurden im Ausschreibungsverfahren angefragt:

- Die Deutsche Bank AG,
- die Sparkasse Neubrandenburg-Demmin,
- KfW und
- Deutsche Kreditbank AG.

Der Zuschlag sei am 15.06.2026 auf das Angebot der Deutschen Kreditbank AG erteilt worden. Die Laufzeit betrage 10 Jahre, der Zinssatz 3,39 %. Im Ergebnis sei dies die wirtschaftlichste Variante gewesen. Neben dem Angebot der Deutschen Kreditbank AG habe außerdem ein Angebot der Sparkasse Neubrandenburg-Demmin vorgelegen. Gemäß Beschluss der Stadtvertretung 437-2417 vom 30.03.2017 zum Verfahren zur Aufnahme von Investitionskrediten in der Stadt Neubrandenburg, habe die Zuständigkeit für die Entscheidung beim Oberbürgermeister gelegen, da der Tag der Angebotsannahme nicht auf einen Regelsitzungstermin der Stadtvertretung fiel. Für die nächste Sitzung der Stadtvertretung und den regulären Gremienlauf werde eine entsprechende Informationsvorlage vorbereitet.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** kritisiert, dass die Tablets in der Sitzung der Stadtvertretung noch nicht zur Abstimmung genutzt werden können, da nach seiner Information zwei Geräte nicht funktionieren. Er kündigt eine Beschlussvorlage seiner Fraktion zur Abschaffung der Tablets an. Diese könnten an eine Schule oder eine soziale Einrichtung gespendet werden.

Ratsherr **Kreutzer** stellt richtig, dass zwei Mitglieder der Stadtvertretung ihr Tablet noch nicht abgeholt hätten und appelliert in deren Richtung, dies umgehend zu tun.

TOP 7 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Ratsherr **Kreutzer** bittet um Nachtrag folgender Änderungsblätter und -anträge:

- BV/VIII/0299 (TOP 17) Änderungsantrag Nr. 1 (Projekt NB)
- BV/VIII/0316 (TOP 22) 1 Änderungsblatt

Namentliche Abstimmung wurde durch die Fraktion Projekt NB beantragt für:

- BV/VIII/0271 (TOP 14)
- BV/VIII/0299 (TOP 17)
- BV/VIII/0304 (TOP 21)

Rederecht wird beantragt für:

- | | |
|---|-----------------------|
| – Melanie Jendro, Geschäftsführerin VZN | BV/VIII/0281 (TOP 9) |
| – Frank Benischke, Geschäftsführer NEUWOGES | BV/VIII/0286 (TOP 10) |
| – Ulrich Marschner, Jüdes & Löckener GmbH | BV/VIII/0271 (TOP 14) |
| – Reinhold Hüls, technischer Geschäftsführer neu.sw | BV/VIII/0298 (TOP 16) |
| | BV/VIII/0299 (TOP 17) |
| | BV/VIII/0304 (TOP 21) |

Ratsherr **Kreutzer** lässt über die Rederechte abstimmen. Allen Rederechten wird einstimmig zugestimmt.

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

TOP 8 Anpassung des Zuständigkeitsbereiches Oberbürgermeister und Beigeordneter Vorlage: BV/VIII/0287

Oberbürgermeister **Klose** erläutert, dass es mit der Anpassung der Zuständigkeitsbereiche darum gehe, die Verwaltung darauf vorzubereiten, was in den kommenden Jahren von strategischer Bedeutung für die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg sein wird. Frühzeitig nach seinem Amtsantritt habe er deswegen gemeinsam mit Peter Modemann überlegt und geprüft, wie die Struktur der Verwaltung so geregelt werden kann, dass sie effizient und möglichst ohne Reibungsverluste den Herausforderungen der Zukunft gerecht wird. Über kleinere Änderungen in der Verwaltungsstruktur sei bereits im Hauptausschuss informiert worden. Mit der jetzt vorliegenden größeren Änderung soll die Verwaltung ihren Aufgaben mit klarer Linie und kurzen Entscheidungswegen so begegnen, dass Wechselwirkungen schnell erkannt und strategisch sinnvoll gesteuert werden können. Die Entwicklung von Wohnraum, die Gewinnung von Unternehmen und Arbeitsplätzen, große Investitionen in die Infrastruktur, die Nutzung von Fördermitteln, die Gestaltung der Innenstadt und die Umsetzung von Bauprojekten werden entscheidend dafür sein, wie sich Neubrandenburg in den nächsten Jahren entwickelt. Diese Themen seien unmittelbar prägend das Bild der Stadt und liefern damit das Fundament dafür, ob es sich hier gut oder weniger gut leben lässt. Deswegen sei es wichtig, dies unmittelbar beim Oberbürgermeister zu bündeln. Genauso wichtig sei aber die andere Seite dieser Neuordnung. Eine starke Stadt lebe nicht allein von Baustellen, von Gewerbeansiedlungen und von Investitionen. Sie lebe von chancengleicher Bildung, von vielfältigen Kulturangeboten, von Breiten- und Spitzensport, von gesellschaftlichem Zusammenhalt und auch von Sicherheit. Genau deshalb sollen diese Bereiche unter der Verantwortung des erfahrenen Beigeordneten Peter Modemann gebündelt werden. Durch diese geschäftliche Neuordnung ändere sich die Klarheit der Zuständigkeiten und damit die Fähigkeit, die jeweiligen Themen noch zielgerichteter zu

steuern. Deshalb erbitten Peter Modemann und er die Zustimmung zu dieser organisatorischen Anpassung.

Ratsherr **Stieber** spricht sich für die Vorlage aus. Die vorgeschlagene Neuordnung sei sachgerecht und nachvollziehbar. Verwaltungsstruktur sei kein Selbstzweck. Sie müsse der Stadtvertretung und allen Bürgerinnen und Bürgern dienen. Sie müsse Entscheidungen nachvollziehbarer machen, Zuständigkeiten klarer ordnen und Handlungsfähigkeit der Verwaltung stärken. Mit der Zustimmung zu dieser Beschlussvorlage verbinde die Fraktion SPD/Grüne eine klare Erwartungshaltung. Erwartet werde die effektivere Steuerung von Investitionen und Förderprojekten und eine konsequente Umsetzung der strategischen Entwicklungsziele der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg, insbesondere auch bei den langfristigen Planungen und Konzepten, die die Zukunft der Stadt prägen sollen. Er sagt zu, diese Entwicklung aufmerksam zu begleiten.

Ratsherr **Hanson** (Antrag auf Wortprotokoll)

„Ja, ich bin, weiß Gott, nicht der Experte für Verwaltungsarbeitsstrukturen. Ich gehe mal davon aus, dass der Oberbürgermeister und der Beigeordnete da große Sachkenntnisse haben. Was ich unterstreichen oder unterstützen möchte, ist die Ausführung von Ratsherrn Stieber. Wir werden genau hingucken auf einige Bereiche, bei denen nicht nur wir, sondern außen die Beteiligten und Betroffenen regelmäßig das Gefühl haben, sie warten zu lange auf Entscheidungen, auf Genehmigungen, auf Hinweise. Das werden wir genau beobachten. Aber in diesem Zusammenhang hat es ja auch einen Zwischenruf gegeben vom Spielfeldrand. So hat, lieber Ratsherr Giermann, am 02.06.2026 haben Sie im Nordkurier argumentiert, Schule, Sport müssten zwingend beim Oberbürgermeister bleiben, weil nur er die nötigen Zugänge nach Schwerin und Berlin habe. Das klingt zunächst einmal plausibel, verliert aber spätestens dann an Überzeugungskraft, wenn man sich ihre eigene politische Vernetzung anguckt. Wenn jemand in diesem Raum über hervorragende Kontakte nach Berlin verfügt, dann sind Sie es. Sie pflegen einen engen Draht zu Ihrem Parteifreund, Staatssekretär Philipp Amthor. Ja, die vielen Fotos, die man mit Ihnen gemeinsam sieht, deuten zumindest darauf hin, dass das so sein könnte. Der sitzt im Bundestag mit direktem Zugang zu Ministerien und Staatssekretären. Wenn also Berlin-Kontakte der entscheidende Faktor wären, die Stadt Neubrandenburg entscheidend zu vertreten, dann wäre doch ihr und ihre Funktion als Ratsmitglied durchaus nutzbringend anzuwenden. Deshalb greift Ihr Argument ins Leere. Entweder sind persönliche Netzwerke wichtig, dann können Sie Ihre eigenen einbringen. Oder, sie sind nicht entscheidend, dann taugen Sie auch nicht als Begründung gegen die Aufgabenverteilung des Oberbürgermeisters. Wir sollten hier nicht mit taktischen Begründungen arbeiten, sondern mit klaren Zuständigkeiten und funktionierenden Verwaltungsstrukturen. Und die hängen nicht davon ab, wer und wann in Berlin anruft.“

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird bei einer Gegenstimme mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: **STV 13/8/2026**

TOP 9 Betrauung der Veranstaltungszentrum Neubrandenburg GmbH (VZN) mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im Bereich des Stadtmarketings der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VIII/0281

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlusnummer: **STV 13/9/2026**

TOP 10 Modernisierung des Jahnsporforums als Stätte des Leistungssports und Veranstaltungsstätte; hier: Umsetzungsbeschluss
Vorlage: BV/VIII/0286 – 1 Änderungsblatt

Ratsherr **Stieber** hebt die Bedeutung des Jahnsportforums für den Leistungs- und Nachwuchssport sowie als regionale Multifunktionshalle hervor. Er begrüßt die zukunftsorientierte Planung, insbesondere die vollständige Barrierefreiheit, und unterstützt die Einwerbung von Fördermitteln. Zugleich verweist er auf bestehende Finanzierungsrisiken, spricht sich für eine kontinuierliche und transparente Berichterstattung zur Kostenentwicklung aus und wirbt um Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Ratsherr Dr. **Kubetschek** unterstützt die Modernisierung des Jahnsportforums als zukunftsweisendes Projekt mit Potenzial für die Stadt und den Nordosten. Er weist auf die notwendigen finanziellen Priorisierungen im städtischen Haushalt hin und hofft auf Zustimmung der Stadtvertretung sowie auf Verständnis in der Bevölkerung.

Ratsherr **Großmüller** weist auf die finanziellen Risiken der Investition und die aus seiner Sicht unsichere Förderkulisse hin, dabei bezieht er sich auf das Bundesprogramm zu Sanierung Kommunaler Sportstätten. Er sieht insbesondere die Finanzierung des Veranstaltungsteils als offen und kritisiert eine mögliche Subventionierung kommerzieller Veranstaltungen. Zudem äußert er die Befürchtung, dass die Stadtvertretung bei der weiteren Projektumsetzung an Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung verlieren könnte.

Ratsherr **Giermann** betont, dass die Modernisierung ein Projekt für die nächste Generation sei, damit die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg auch wirklich lebendig bleibt. Hinsichtlich der Ausführungen von Ratsherrn Großmüller vermutet er, dass dieser ein anderes Förderprogramm meint und bittet Herrn Benischke um Aufklärung.

Herr **Benischke** stellt klar, dass hier nicht das Programm für die kommunalen Sportstätten, sondern die Spitzensportförderung des Bundes für den sportlichen Teil gemeint sei. Weiterhin erläutert er, dass für den sportlichen Teil die Spitzensportförderung des Bundes maßgeblich sei, die in Verbindung mit einer ergänzenden Landesförderung erfolgt. Er erläutert das zweistufige Antragsverfahren und den vorgesehenen Zeitablauf. Für den Veranstaltungsteil sei eine separate Landesförderung erforderlich, da es für kombinierte Sport- und Veranstaltungsstätten kein eigenes Förderprogramm gebe.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 13/10/2026**

TOP 11 Beteiligungsbericht der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg 2024
Vorlage: INF/VIII/0099

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 12 Abberufung sowie Entsendung eines Mitglieds seitens der Gesellschafterin
Informations- und Kommunikationstechnologien Ost AöR (IKT-Ost) in den
Aufsichtsrat der neu-itec GmbH
Vorlage: BV/VIII/0283

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 13/12/2026**

TOP 13 Vereinbarung über die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft im Bereich
Finanzen zwischen der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg und der Stadt
Penzlin als geschäftsführende Gemeinde des Amtes Penzliner Land
Vorlage: BV/VIII/0292 – 1 Änderungsblatt

Ratsherr **Kuhnert** bezieht sich auf einen Zeitungsbericht, nach dem es noch Unklarheiten zur Zusammenarbeit der Stadt Neubrandenburg mit der Stadt Penzlin gebe. Er bittet dazu um Ausführungen der Verwaltung.

Frau Piotrowski führt aus, dass momentan noch geprüft werde, ob durch die Stadt Neubrandenburg eine Umsatzsteuerpflicht für die Leistung besteht. Dazu wurde eine verbindliche Anfrage an das Finanzamt gestellt, dessen Antwort aber noch ausstehe. Deswegen wurde ein Sonderkündigungsrecht in den Vertrag aufgenommen. Bis zum Vorliegen der Auskunft werde mit dem Personalübergang nicht begonnen, sondern die Arbeitsfähigkeit mit anderen Instrumenten hergestellt.

Im Amtsausschuss sei mit 4 zu 3 Stimmen dafür gestimmt worden; die Stadtvertretung Penzlin habe mit 8 zu 6 Stimmen dafür votiert.

Ratsherr **Schnell** äußert Bedenken hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen auf die beteiligten Gemeinden. Zudem fragt er nach den personellen Folgen und den rechtlichen Möglichkeiten, falls die Stadt Penzlin die Vereinbarung nach drei Jahren kündigen sollte.

Frau **Piotrowski** erläutert, dass die Vereinbarung auf eine langfristige Zusammenarbeit ausgerichtet sei. Im Falle einer Kündigung nach drei Jahren mit zweijähriger Frist, werde die Rückabwicklung, einschließlich der Personalüberleitung, einvernehmlich geregelt. Ziel sei jedoch eine dauerhafte und stabile Zusammenarbeit.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: STV 13/13/2026

**TOP 14 Bebauungsplan Nr. 38 "Ortsteil Fritscheshof", 1. Änderung
hier: Änderung des Aufstellungsbeschlusses
Vorlage: BV/VIII/0271**

Herr **Marschner**, Assistenz der Geschäftsführung der Firma Jüdes & Löckener GmbH, macht die Bedenken der Firma deutlich, dass es, sofern in unmittelbarer Nachbarschaft des Betriebes Wohnbebauung möglich gemacht würde, zu Konflikten wegen Lärmbelästigung kommen könnte. Durch die Fraktion Projekt NB habe er erfahren, dass ein Emissionsgutachten erstellt worden sei und wundert sich, dass niemand sich mit der Firma Jüdes & Löckener GmbH deswegen in Verbindung gesetzt habe.

Ratsherr **Langer** verweist auf die bereits in der letzten Sitzung vorgetragenen Bedenken gegen die Ausweisung eines allgemeinen Wohngebiets. Er führt aus, dass auch ansässige Unternehmen Nutzungskonflikte zwischen Wohnbebauung und produzierendem Gewerbe befürchten und spätere Beschwerden von Anwohnern zu Einschränkungen für die Betriebe führen könnten. Er betont, dass neben der Schaffung von Wohnraum auch die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Entwicklungsmöglichkeiten der Unternehmen berücksichtigt werden müssten. Die Fraktion Projekt NB spreche sich daher für die Ausweisung eines Mischgebiets aus und bittet, die langfristigen Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Neubrandenburg in die Entscheidung einzubeziehen.

Ratsherr **Großmüller** meint, dass es in genügend freie Bauparzellen, so z. B. in der Gerstenstraße, am Hollerbusch oder Steep, gebe. Er sieht keinen Bedarf für weitere Wohnungsstandorte.

Herr **Renner** erläutert, dass sich das Verfahren noch am Anfang der städtebaulichen Planung und der Klärung der Rahmenbedingungen befinde. Im Mittelpunkt der Beratung stehe die Frage, ob an dem Standort gesunde Wohnverhältnisse geschaffen werden können und, ob dadurch Einschränkungen für die angrenzenden Gewerbebetriebe entstehen. Eine von der Stadtverwaltung beauftragte Schallemissionsprognose komme zu dem Ergebnis, dass eine Wohnnutzung grundsätzlich möglich sei und durch die Ausweisung eines allgemeinen Wohngebiets keine zusätzlichen Nutzungseinschränkungen für die benachbarten Gewerbebetriebe entstehen würden. Er verweist darauf, dass im bestehenden Gewerbegebiet bereits Lärmschutzfestsetzungen gelten und das Nebeneinander von

Wohnen und Gewerbe dort bereits berücksichtigt sei. Herr Renner stellt abschließend klar, dass zunächst weitere planerische und nachbarschaftliche Fragen zu prüfen seien. Eine abschließende Entscheidung über die Entwicklung als allgemeines Wohngebiet oder Mischgebiet erfolge erst im weiteren Planverfahren.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** formuliert den klaren Auftrag an die Verwaltung, sich mit der Bäckerei Kadatz e. K., mit der Jüdes & Löckener GmbH und mit einem anderen Unternehmen, das dort ansiedeln möchte, zusammenzusetzen. Sofern diese ihre Zustimmung geben, sei die Fraktion NB bereit, die Beschlussvorlage mitzutragen.

Ratsherr **Stieber** beantragt eine Pause vor der Beschlussfassung.
Ratsherr **Kreutzer** sagt diese zu.

Ratsfrau **Dr. Balschat** wundert sich, warum Herr Marschner nicht bei der Ausschusssitzung des Stadtentwicklungsausschusses, auf dem das Thema diskutiert wurde, anwesend war, um die Bedenken der Firma einzubringen.

Ratsherr **Hanson** empfiehlt der Verwaltung, die Vorlage zurückzuziehen und zu überarbeiten. Dabei sollten insbesondere die Hinweise und Bedenken der ansässigen Unternehmen stärker berücksichtigt werden.

Ratsherr **Schanz** stellt einen Geschäftsordnungsantrag zur Schließung der Rednerliste.
Ratsherr **Kreutzer** lässt über den Antrag abstimmen. Es wird mehrheitlich zugestimmt.

Ratsherr **Giermann** nimmt Bezug auf den Redebeitrag von Ratsfrau Dr. Balschat und fragt nach, warum die betroffenen Unternehmen trotz des in der letzten Stadtvertretung geäußerten Wunsches nicht durch den Ausschuss gemeinsam mit dem Fachbereich zur Sitzung eingeladen wurden.

Ratsherr **Kuhnert** wirbt für die Vorlage. Es handele sich mit dem Aufstellungsbeschluss lediglich um die Einleitung eines Planungsverfahrens.

Herr **Renner** erläutert auf Nachfrage, dass derzeit die Entwicklung einer Mischbaufläche aus Wohnen und Gewerbe vorgesehen sei. Im Vergleich zu einem allgemeinen Wohngebiet gelten dort höhere zulässige Lärmwerte. Die Schallemissionsprognose habe jedoch ergeben, dass sowohl in einem allgemeinen Wohngebiet als auch in einem Mischgebiet gesunde Wohnverhältnisse gewährleistet werden können. Er führt aus, dass die Prognose auf den bereits bestehenden Lärmgrenzwerten der angrenzenden Gewerbegebiete basiert. Die dort ansässigen Unternehmen müssten diese Werte bereits heute einhalten, sodass bei deren Einhaltung keine zusätzlichen Einschränkungen durch die geplante Wohnentwicklung zu erwarten seien.

Ratsherr **Kreutzer** räumt eine Pause von 17:05 Uhr bis 17:15 Uhr ein.

Ratsherr **Kreutzer** lässt namentlich über die Beschlussvorlage abstimmen. Das Ergebnis der Abstimmung ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird bei 24 Dafürstimmen, 8 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen beschlossen.

Beschlusnummer: **STV 13/14/2026**

TOP 15 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 38 "Neubau (ehem. Erweiterung) Supermarkt Neustrelitzer Straße 67"
hier: Einleitungsbeschluss zur Wiederaufnahme des Planverfahrens
Vorlage: BV/VIII/0291

Ratsherr **Stieber** begrüßt die Wiederaufnahme des Planverfahrens und die Entwicklung des Standorts nach jahrelangem Stillstand. Er hebt insbesondere den geplanten Neubau sowie die nachhaltige Ausrichtung des Vorhabens hervor.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 13/15/2026**

TOP 16 Planung Schwimmhalle
Änderung der Planungsprämissen
Vorlage: BV/VIII/0298 – 1 Änderungsblatt

Ratsherr **Kuhnert** sagt die Unterstützung der Fraktion BSW/BfN zu dieser Vorlage zu, weil sie die Notwendigkeit der Änderungen anerkennt. Es gehe jetzt darum, Planungssicherheit herzustellen.

Ratsherr **Giermann** bedankt sich bei den Ausschussvorsitzenden sowie dem Schwimmhallenbeirat für die Vorarbeit und die Beratung zu den verschiedenen Varianten der Schwimmhalle. Er begrüßt die Umsetzung des Projekts und betont, dass zunächst die Planung im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten vorangetrieben werden müsse, um eine spätere Entscheidung zu ermöglichen.

Ratsherr **Bromberger** stellt klar, dass mit der Beschlussvorlage nicht über die konkrete Bauausführung, sondern über die Fortführung der Planung entschieden werde. Er erläutert die Weiterentwicklung der bisherigen 6+2-Variante hin zur vom Schwimmhallenbeirat vorgeschlagenen 6 x 50-Meter-Variante mit mobiler Startrampe. Er verweist auf die geplante Beantragung von Fördermitteln aus einem Bundesprogramm und wirbt um Zustimmung, da das Projekt langfristig dem Leistungs- und Breitensport sowie kommenden Generationen zugutekomme.

Oberbürgermeister **Klose** sagt zu, den Fördermittelantrag umgehend auf den Weg zu bringen.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 13/16/2026**

TOP 17 Kommunale Wärmeplanung der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VIII/0299

Ratsherr **Hanson** (Antrag auf Wortprotokoll)

„Das ist ein bisschen dicker, aber wenn man sich mal vergegenwärtigt, dass alleine die Beschlussvorlage über drei sehr eng beschriebene Seiten verfügt, die jetzt vor zwei Tagen bei uns eingegangene Dokumentation der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange 21 Seiten hat und das Grobkonzept, was dahinter steht, besteht aus 311 Seiten. Ich habe sie alle gelesen. Wir reden heute noch nicht über konkrete Zahlen. Aber wir wissen bereits aus vielen Informationen, insbesondere von den Neubrandenburger Stadtwerken, dass der Bedarf an Finanzmitteln für dieses Vorhaben alles bisher Bekannte überschreiten wird. 180 Millionen, 250 Millionen, über Investitionen, die irgendwo zwischen schwierig und unmöglich liegen. Dadurch bedingt, wenn das so umgesetzt würde, werden die Preise für Fernwärme einen durchschnittlichen Haushalt dann in der Zukunft berechnet auf einer Basis der heutigen Zahlen, die von 10 Jahren kennen wir noch nicht, zusätzlich zwischen 400 und 800

Euro pro Jahr betragen. Das sind pro Kilowattstunde 3,5 bis 7,5 Cent, je nachdem, ob es 180 oder 250 Millionen werden. Ein durchschnittlicher Haushalt verbraucht in etwa so 10.000 Kilowattstunden pro Jahr. Aber hinter diesen Zahlen stehen Menschen, unsere Bürgerinnen und Bürgerfamilien, die jeden Monat auf ihre Heizkosten schauen und hoffen dass es irgendwie reicht. Seniorinnen Senioren, die Angst haben, dass die nächste Preisrunde sie überfordern könnte, und junge Menschen die sich wünschen, dass ihre Stadt eine Zukunft hat, die nicht von solchen Abhängigkeiten und erheblichen Kostensteigerungen für Wärme bestimmt wird. Stellen Sie sich einmal vor, Ihr Vater oder Ihr Bruder wäre heute 60 Jahre alt. In sieben Jahren, also im Jahr 2033, wird er in den Altersruhestand gehen. Bis zum letzten Monat vor dem Erreichen des Ruhestandes hat er alle noch bis dahin verbliebenen Hypotheken bezahlt und müsste für sein 150 Quadratmeter großes Einfamilienhaus keine Bankverbindlichkeiten mehr bedienen. Für die allgemeine Lebenshaltung reicht seine gesetzliche Altersrente aus, die naturgemäß deutlich geringer sein wird als seine bisherigen Netto-Arbeitsentgelte. Das hängt auch damit zusammen, dass er seine Rentenbezüge dann zu 100% versteuern muss. Seinen Gaswertbrennkessel, den hat er noch im Jahre 2027 erneuert und zwar für etwa 20.000 Euro mit einer Lebenserwartung, die dann wiederum 15 Jahre bedeuten würde. Und dann stellen Sie sich vor, zum Jahr 2034 teilen ihm nun die Neubrandenburger Stadtwerke mit, dass die Versorgung mit Erdgas sowie die Betreuung des Gasnetzes ab diesem Zeitpunkt eingestellt wird. Eine Versorgung mit Fernwärme ist in dem Wohngebiet nicht vorhanden und auch nicht vorgesehen. Als Alternative bliebe nur die Installation einer Wärmepumpe mit einem Investitionsaufwand von dann wahrscheinlich 40.000 Euro. Über diese Reserve verfügt aber Ihr Bruder oder Ihr Vater nicht mehr. Also müsste er wieder einen Kredit aufnehmen. Wie, denken Sie, würde die Bank die Kreditanfrage eines Rentners mit geringem Einkommen, was würde man dem mitteilen? Wahrscheinlich, dass sie ihm keinen Kredit geben werden. Und was sagen wir diesem betroffenen Bürger? Aber auch der Haushalt der Stadt Neubrandenburg wird nicht verschont bleiben. Höhere Heizkosten für alle, bedeutet auch höhere Belastungen der Stadt Neubrandenburg für Sozialleistungen, Unterbringung in Wohnungen und Betrieb der eigenen Gebäude. Und eins dürfen wir nicht vergessen, Wärme darf nicht zum Luxus werden. Wärme bedeutet Würde. Und genau deshalb müssen wir heute ehrlich miteinander sein. Diese Investitionen können die Stadtwerke nicht schultern. Nicht weil sie schlecht wirtschaften, nicht weil sie zu klein sind, sondern weil wir hier über eine Transformation sprechen, die normalerweise nur Großstädte mit Milliarden haushaltend stemmen können. Wir verlangen also von neu.sw, was sie alleine nicht leisten können. Und wir verlangen von der Stadt, was sie finanziell nicht tragen kann. Wenn wir das ignorieren, dann handeln wir nicht mutig, dann handeln wir fahrlässig. Und die zweite Wahrheit ist, die Menschen in unserer Stadt, die Bürger, die Unternehmen, dürfen nicht am Ende die Leittragenden sein. Wenn wir hunderte Millionen investieren, dann steigen Preise. Das ist keine politische Meinung, das ist schlichte Mathematik. Und Frage an uns alle, wie erklären wir das einer alleinerziehenden Mutter in der Oststadt, wie erklären wir das einem Rentnerhepaar auf dem Datzeberg, wie erklären wir das Menschen, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen und wie erklären wir das dem Rentnerpensionär, den ich eingangs kurz beschrieben habe. Wir dürfen nicht eine ökologische Zukunft schaffen, die sozial nicht mehr tragbar ist. Und die dritte Wahrheit ist, wir brauchen Mut. Aber Mut ist lange nicht das gleiche wie Leichtsin. Mut heißt, Realität anzuerkennen, Mut heißt, Prioritäten zu setzen, Mut heißt auch zu sagen, ja wir können diese Wärmeplanung, aber, wir wollen so, dass die unsere Stadt nicht überfordert. Mut heißt auch zuzugeben, dass wir Hilfe brauchen vom Land, vom Bund, von Förderprogrammen, die diese Transformation überhaupt erst möglich machen. Daher mein Appell an uns alle heute, lasst uns nicht nur über die Technik reden, lasst uns nicht nur über Paragraphen reden, lasst uns über unsere Verantwortung reden. Verantwortung für die Stadtwerke, die wir nicht in eine finanzielle Schieflage treiben dürfen. Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger, die wir nicht mit Preissteigerungen alleine lassen dürfen. Verantwortung für eine Stadt, die nicht klimaneutral, sondern auch bezahlbar bleiben muss. Und darum unser Änderungsantrag mit den Vorschlägen, bevor wir dieses Grundsatzwerk auf den Weg bringen, verlangen wir eine vollständige, transparente Finanzierungsstrategie, bevor wir weitere Schritte beschließen.

Wir fordern Szenarien, die klar zeigen, was passiert, wenn Fördermittel ausbleiben. Wir entwickeln einen Stufenplan gemeinsam. Wir schützen die Neubrandenburger Stadtwerke, indem wir sie nicht überfordern, sondern sie stärken. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, heute entscheiden wir nicht über Rohre, Leitungen, Speicher, Gebiete, wo welche Art der Wärmeversorgung stattfinden soll. Wir entscheiden auch über die Zukunft unserer Stadt, über die Frage, ob wir Verantwortung übernehmen oder ob wir sie wegschieben. Und dazu gehört auch in besonderer Weise, dass wir uns intensiv mit den Einlassungen und den darin geäußerten Besorgnissen der Neubrandenburger Stadtwerke, der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft und der Stadtwerke befassen, welche diese im Rahmen der Träger öffentlicher Belange gegenüber der Stadt Neubrandenburg eingebracht haben. Wenn man das oberflächlich übertrachtet und sagt, keine grundsätzlichen Bedenken, da ist ein Haken gemacht, aber dann muss man weitergucken. Was haben sie denn über die Auswirkungen geschrieben? Und diese Ausarbeitung der Meinungen der Träger öffentlicher Belange soll Gegenstand heute dieser Beschlussfassung sein. Das eine ist aber erst am 15.06.2026 eingetroffen. Und wenn man das alles mutig und auch erschreckt gelesen hat, dann mutet es schon fast wie ein schlechter Scherz an, wenn nun durch den Fachbereich Stadtplanung vorausgesetzt wird, dass wir alle innerhalb von 2 Werktagen das verinnerlichen und sachlich, ohne, dass es dann auch noch durch bestimmte Ausschüsse gelaufen ist, verstehen. Daher unsere Empfehlung: Stimmen Sie dem Änderungsantrag unserer Fraktion zu oder noch besser: Der Fachbereich Stadtplanung, Wirtschaft und Bauordnung zieht die Beschlussvorlage zurück und bringt diese in eine neue Beratungsfolge ein.“

Ratsherr **Stieber** begrüßt die vorliegende Wärmeplanung als umfassende und langfristige Grundlage für die zukünftige Wärmeversorgung der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg. Er hebt hervor, dass die Planung Orientierung für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Stadtwerke und Stadtvertretung schaffe und auf den bestehenden Voraussetzungen wie dem Fernwärmenetz und dem Transformationsplan aufbaue.

Die Fraktion SPD/Grüne bewertet positiv, dass sowohl Potenziale als auch Grenzen der Dekarbonisierung aufgezeigt werden. Die Wärmeplanung werde als Arbeitsgrundlage verstanden und müsse durch transparente Umsetzung, regelmäßige Berichterstattung sowie die Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und sozialer Verträglichkeit begleitet werden.

Ratsherr **Großmüller** äußert, dass er die Kommunale Wärmeplanung für „politisch linksgrünen Schwachsinn, der zur Deindustrialisierung Europas und zur Verarmung Europas und Deutschlands führt und geführt hat“, hält.

Ratsherr **Schnell** führt aus, dass die Vorlage aus Sicht der AfD-Fraktion insbesondere aufgrund der gesetzlichen Vorgaben und der damit verbundenen Möglichkeit zur Beantragung von Fördermitteln unterstützt werde. Die Zustimmung erfolge daher vor allem aus formalen Gründen.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** weist darauf hin, dass aktuell noch keine Umsetzungspflicht aus dem Bundesgesetz bestehe und eine Umsetzung grundsätzlich bis 2028 möglich sei. Gleichzeitig betont er, dass eine frühzeitige Antragstellung von Fördermitteln Vorteile bringen könne. Er fordert Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, damit diese frühzeitig über mögliche Auswirkungen informiert sind, um Entscheidungen treffen zu können.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** sieht keinen Anlass, die kommunale Wärmeplanung zu verzögern. Er hebt hervor, dass die Vorlage Transparenz und Klarheit über die zukünftige Wärmeversorgung schaffe und realistische Entwicklungsperspektiven für die einzelnen Bereiche der Stadt aufzeige.

Herr **Hüls** wirbt ausdrücklich für die Zustimmung zur vorliegenden kommunalen Wärmeplanung. Er erläutert, dass sich Stadtverwaltung, Stadtwerke und große Wohnungsgesellschaften über einen Zeitraum von mehr als zwei Jahren intensiv mit der Bebauungs- und Versorgungsstruktur in Neubrandenburg beschäftigt hätten. Die Zielrichtung einer klimaneutralen Wärmeversorgung bis 2045 sei durch den Gesetzgeber vorgegeben. Aufgabe vor Ort sei es nun, für die jeweiligen Gebiete und Hauseigentümer die wirtschaftlich und technisch sinnvollste Lösung zu finden, sei es durch Fernwärme oder dezentrale Versorgungslösungen. Er betont, dass die Planung nicht pauschal erstellt wurde, sondern auf einer detaillierten Betrachtung einzelner Stadtbereiche und intensiven Beratungen mit externen Fachleuten basiere. Die Stadtwerke hätten bereits parallel mit der Umsetzung begonnen. Auch die Planungen der NEUWOBA zur eigenen Geothermieversorgung seien in den Prozess eingeflossen und würden derzeit weiterverfolgt. Herr Hüls weist darauf hin, dass bei der Umsetzung verschiedene Faktoren berücksichtigt werden müssten, insbesondere die Bevölkerungsentwicklung, die wirtschaftlichen Herausforderungen für die Stadtwerke sowie die weitere Entwicklung der Förderprogramme. Er spricht sich dafür aus, die Diskussion über die Planung abzuschließen und nun die Umsetzung der Maßnahmen voranzutreiben.

Ratsherr **Kreutzer** lässt namentlich über den Änderungsantrag abstimmen. Dieser wird mehrheitlich abgelehnt. Das Ergebnis der Abstimmung ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Ratsherr **Kreutzer** lässt namentlich über die Beschlussvorlage abstimmen. Diese wird mehrheitlich beschlossen. Das Ergebnis der Abstimmung ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird bei 30 Dafürstimmen und 4 Gegenstimmen beschlossen.

Beschlusnummer: **STV 13/17/2026**

TOP 18 Satzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VIII/0272 – 1 Änderungsblatt

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlusnummer: **STV 13/18/2026**

TOP 19 Bestellung der stimmberechtigten Mitglieder für den Beirat für Menschen mit Behinderungen
Vorlage: BV/VIII/0300 – 1 Änderungsblatt

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlusnummer: **STV 13/19/2026**

TOP 20 Kommunalisierung der Grünflächenpflege / Kostenvergleichsrechnung
Vorlage: BV/VIII/0303

Ratsherr **Großmüller** stellt den Änderungsantrag, im Beschlussvorschlag die Frist bis zum 30.09.2026 und durch: „...nach Vorliegen der Ausschreibungsergebnisse für das Jahr 2027...“ zu ersetzen.

Ratsherr Heiko **Schröder** beantragt, die Vorlage zunächst zur weiteren Beratung in den Finanzausschuss sowie in den Betriebsausschuss zu verweisen. Zur Begründung wird ausgeführt, dass die Vorlage aus den Beratungen des Finanzausschusses hervorgegangen sei, dieser jedoch lediglich Empfehlungen aussprechen könne. Die verlängerte Beratungszeit solle genutzt werden, um den Sachverhalt in beiden Ausschüssen vertieft zu erörtern.

Ratsherr **Stieber** bewertet die Fragestellungen der Vorlage grundsätzlich als nachvollziehbar; vor dem Hintergrund gestiegener Kosten für Fremdleistungen und der angespannten Haushaltslage sei eine Prüfung von Optimierungsmöglichkeiten sinnvoll. Er weist darauf hin, dass die Thematik bereits 2021 im Rahmen der Haushaltskonsolidierung untersucht wurde. Damals habe sich gezeigt, dass eine Rekommunalisierung nicht grundsätzlich wirtschaftlicher sei und die Fremdvergabe in vielen Bereichen weiterhin Vorteile biete. Eine erneute Betrachtung könne aufgrund veränderter Rahmenbedingungen sinnvoll sein, sollte jedoch zunächst durch die Verwaltung in den zuständigen Fachausschüssen erfolgen. Die in der Vorlage genannten Einsparpotenziale seien nicht ausreichend belegt. Die Vorlage sei daher in der aktuellen Form nicht zustimmungsfähig.

Ratsherr **Kuhnert** weist darauf hin, dass die Thematik bereits vor einigen Jahren untersucht wurde und die damalige Gegenüberstellung zugunsten der Fremdvergabe ausgefallen sei. Gleichzeitig hätten sich die Rahmenbedingungen, insbesondere bei Preisen und Leistungsangeboten, zwischenzeitlich verändert. Eine erneute Prüfung erachte er daher als sinnvoll. Seine Fraktion stimmt der Vorlage grundsätzlich zu, erklärt sich jedoch auch mit einer Verweisung zur weiteren Beratung einverstanden.

Ratsherr **Hanson** betont, dass das Ziel sei, Transparenz über die aktuelle wirtschaftliche Situation und mögliche Veränderungen gegenüber der früheren Untersuchung zu schaffen. Eine erneute Beratung in den Ausschüssen sei nicht erforderlich. Stattdessen solle die Verwaltung die gewünschte Gegenüberstellung aktualisieren und ein belastbares Ergebnis vorlegen.

Ratsherr **Großmüller** weist darauf hin, dass eine aktualisierte Prüfung die Verhandlungsposition der Stadt gegenüber externen Auftragnehmern stärken könne. Die Verweisung in die zuständigen Ausschüsse begrüßt er, um die aktuellen Erkenntnisse mit früheren Ergebnissen abzugleichen. Ratsherr Großmüller macht sich den Änderungsantrag von Ratsherrn Schröder zu eigen, die Vorlage in den Finanzausschuss und den Betriebsausschuss zurück zu verweisen.

Ratsherr **Kreutzer** lässt über diesen Änderungsantrag abstimmen. Die Vorlage wird in die Fachausschüsse zurückverwiesen.

**TOP 21 Sicherung der bestehenden Gasnetzinfrastruktur und
Zustimmungsvorbehalt der Stadtvertretung bei Rückbauvorhaben
Vorlage: BV/VIII/0304 – 1 Änderungsblatt**

Ratsherr **Schnell** begrüßt die grundsätzliche Zielrichtung der Beschlussvorlage, kritisiert jedoch deren Ausgestaltung. Die vorgesehene halbjährliche Berichterstattung über Gasleitungen sei aus seiner Sicht nicht erforderlich. Zudem könne die Formulierung dazu führen, dass für jeden Rückbau einer Gasleitung eine Entscheidung der Stadtvertretung erforderlich wird. Dies erschwere Bauvorhaben unnötig und greife in die Verantwortung der Geschäftsführung der Stadtwerke ein. Ein vollständiger Rückbau stillgelegter Leitungen sei wirtschaftlich nicht vertretbar. Er spricht sich daher für die Ablehnung der Vorlage aus.

Ratsherr **Großmüller** hält die Berichtspflicht für vertretbar und verweist auf das öffentliche Interesse an Transparenz über den Erhalt des Gasnetzes im Zusammenhang mit der kommunalen Wärmeplanung. Das Gasnetz sei eine schützenswerte Infrastruktur, weshalb eine regelmäßige Information der Stadtvertretung sinnvoll sei. Er regt an, den Verwaltungsaufwand für die Berichterstattung zu prüfen, und wirbt für Zustimmung zur Vorlage.

Ratsherr Heiko **Schröder** fragt, ob und zu welchem Zeitpunkt die Stadtwerke einen Rückbau des Gasnetzes planen.

Herr **Hüls** erklärt, dass kein Gasnetzbetreiber einen Rückbau des Gasnetzes beabsichtige, da dies wirtschaftlich nicht sinnvoll sei. Möglich sei lediglich die Stilllegung von Leitungen, die an strenge gesetzliche Voraussetzungen und langfristige Verfahren gebunden sei und von der Landesregulierungsbehörde genehmigt werden müsse. Ein Rückbau oder eine Stilllegung erfolge nicht ohne umfassende Prüfung und Kommunikation. Er bittet darum, von einer Verpflichtung abzusehen, für jeden Leitungsabschnitt die Stadtvertretung zu befassen, und wirbt für Vertrauen in die fachliche Arbeit der Stadtwerke.

Ratsherr **Kreutzer** lässt namentlich über die Beschlussvorlage abstimmen. Die Vorlage wird mehrheitlich abgelehnt. Das Ergebnis liegt der Niederschrift als Anlage 4 bei.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird bei 4 Dafürstimmen, 28 Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Beschlusnummer: **STV 13/21/2026**

TOP 22 Resolution der Stadtvertretung Neubrandenburg zur Missbildung der Äußerungen von Bundeskanzler Friedrich Merz gegenüber der AfD vom 06.06.2026
Vorlage: BV/VIII/0316 – 1 Änderungsblatt

Ratsherr **Großmüller** begründet seinen Antrag mit der Kritik an Äußerungen des Bundeskanzlers zur AfD. Er schildert persönliche Erfahrungen mit Diffamierungen und körperlichen Angriffen, die er mit öffentlichen Zuschreibungen als „Nazi“ in Verbindung bringt. Er sieht in den Aussagen des Bundeskanzlers eine unzulässige Gleichsetzung der AfD und ihrer Wählerschaft mit dem Nationalsozialismus sowie eine Verengung des demokratischen Diskurses. Zudem kritisiert er, dass die Beschlussvorlage zunächst nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden sei. Er wirbt für die Annahme der Resolution.

Ratsherr **Kuhnert** erklärt, dass er die Äußerungen des Bundeskanzlers ebenfalls für unangemessen halte. Zugleich betont er, dass eingereichte Beschlussvorlagen nach der Kommunalverfassung grundsätzlich auf die Tagesordnung gehören und erst durch die Stadtvertretung abgesetzt werden können. Seine Fraktion werde die Beschlussvorlage dennoch ablehnen. Zur Begründung führt er an, dass die Vorlage zentrale politische Kritikpunkte an der Bundesregierung ausblende und verweist insbesondere auf Themen wie Aufrüstung, Sozialpolitik sowie die finanzielle Situation der Kommunen.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** spricht sich gegen die Behandlung parteipolitischer Themen in der Stadtvertretung aus. Er verweist auf die Satzung seiner Wählergemeinschaft, die eine parteipolitische Neutralität vorsehe, und erklärt, dass kommunale Gremien sich auf kommunale Angelegenheiten konzentrieren sollten. Aus diesem Grund kündigt er für seine Wählergemeinschaft eine Enthaltung an.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich abgelehnt.

Beschlusnummer: **STV 13/22/2026**

gez.
 Jens Kreutzer
 Stellvertretender Stadtpräsident

gez.
 Heike Witt
 Protokollantin

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil

